

# Gute Zukunft für die Prignitz.



Weil wir hier leben.



[grueneprignitz.de](https://grueneprignitz.de)

## Impressum

V.i.S.d.P.:

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Prignitz**

**Vorstand:**

Helmut Adamaschek (Sprecher)

Anja Hübner (Sprecherin)

Wolfgang Herms (Schatzmeister)

Hendrik Claus (Beisitzer)

**Geschäftsführung:** Clemens Wehr

**Geschäftsstelle:**

Wollweberstraße 8

19339 Perleberg

Tel: 03876 6082789

E-Mail: [info@gruenepignitz.de](mailto:info@gruenepignitz.de)

[www.gruenepignitz.de](http://www.gruenepignitz.de)

**twitter:** @gruenepignitz

© 2019

**Redaktion:** Dr. Rainer Schneewolf, Clemens Wehr

**Fotos:** Simone Ahrend, sah-photo [12]; Rainer Schneewolf [4]; Adobe Stock GIS [1]; Jens Wegner [1]; privat

**Druck:** 5.000 Stück, dieUmweltDruckerei.de

Klimaneutral mit Bio-Farben gedruckt

100% Recyclingpapier Mundoplus

ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel

**Layout:** diveers – Clemens Wehr

## Programm zur Kommunalwahl 2019

<b>Überblick</b>	4
Was wollen wir?	13
Beteiligung	15
Stärkung der Dörfer	16
Allgemeine Grundversorgung, Offenheit und soziales Miteinander	17
Bildung	21
Digitalisierung und Mobilfunk	24
Mobilität	24
Umwelt, Land- und Forstwirtschaft	26
Klimaschutz und erneuerbare Energien	33

## Die Kandidat\*innen für den Landkreis Prignitz

<b>Wahlkreis 1</b>	40
Amt Bad Wilsnack/Weisen	
Amt Lenzen-Elbtalaue	
Stadt Wittenberge	
<b>Wahlkreis 2</b>	44
Gemeinde Karstädt	
Gemeinde Plattenburg	
Gemeinde Gumtow	
Stadt Perleberg	
<b>Wahlkreis 3</b>	52
Amt Putlitz-Berge	
Gemeinde Groß Pankow (Prignitz)	
Stadt Pritzwalk	
Amt Meyenburg	

# Überblick ..

über unser ab Seite 13 folgendes ausführliches Wahlprogramm.

**Die Einwohnerzahl der Prignitz nimmt seit Jahrzehnten ab** ☀ **Laut Umfrage in berlinfernen Regionen geringes Vertrauen in Politik** ☀ **Laut derselben Umfrage große Wertschätzung des eigenen Wohnorts.**

**Beteiligung als unverzichtbare Grundlage für positive Entwicklungen** ☀ **Auf die kommunalen Gremien, die Ende Mai gewählt werden, muss auch danach Einfluss genommen werden (Überblick unter [www.grueneprignitz.de](http://www.grueneprignitz.de))** ☀ **Forderung an diese Gremien: Einsehbarkeit ihrer Arbeit und Bürgerbeteiligung in ihren Sitzungen** ☀ **Offenheit von Rathäusern und Gemeindeverwaltungen für Bürgerfragen und -anregungen** ☀ **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungen und Vorhaben.**

**Etwa die Hälfte der Prignitzer wohnt in Dörfern ☀**  
**Forderung: Stärkung der Dörfer und Ortsteilbudgets**  
**☀ Forderung: Die Landes- und Kreispolitik nach dem brandenburgischen Verfassungsziel auszurichten, „in allen Landesteilen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und zu erhalten“ ☀**  
**Forderung: Landesmittel nicht nur nach der Einwohnerzahl, sondern auch nach der Fläche des Kreises.**

**Knapp über die Hälfte der Bewohner ab 16 Jahren sind Zugezogene ☀ Es ist unerlässlich, dass alle, die zuziehen, von da an voll dazugehören und voll einbezogen werden ☀ Dazu gehören in einer welt- und zukunfts-offenen Prignitz auch Immigranten und bleibeberechtigte Geflüchtete ☀ Einbeziehung aller ins Arbeitsleben ☀ Unterstützung von Vereinen und örtlichen kulturellen Aktivitäten einschließlich innovativer Querköpfe ☀ Raum und Personal für Outdoor- und Indoor-Aktivitäten von Kindern und Jugend-**

lichen ☀️ Feste Stellen für Sozial-, Schulden- und Suchtberatung ☀️ Kitas und Horte haben vorrangig ein Personalproblem. ☀️ Forderung: Erleichterung der Beschäftigung von Quereinsteigern.

Die Prignitz hat eine der höchsten Schulabbrecherquoten in Deutschland ☀️ Forderung: Erhöhung der Zahl der Schulsozialarbeiter an Grund- und Oberschulen, dafür bedarfsangepasste Stellenbeschreibungen ☀️ Keine weitere Streichung von Schulen, engere Kooperation der drei Gymnasien ☀️ Unverzichtbar: flächendeckend schnelles Internet und ein lückenloses Mobilfunknetz, ggf. gesichert durch die Möglichkeit, dass die Netzstruktur anderer Anbieter genutzt werden kann.

Unter den Verbesserungsmöglichkeiten im Verkehr ein 365-€-Jahresticket für Schüler und Auszubildende, Mitfahr-Apps und Mitfahr-Bänke für private Mit-

fahrmöglichkeiten ☀️ A 14: Sie kam aufgrund einer drastisch überhöhten Verkehrsprognose in den Bundesverkehrswegeplan; wenn an ihrem Bau kein Vorbeikommen sein sollte, muss es für Ausgleichsmaßnahmen einen Naturschutzfonds und Lärmschutz geben, die nach der ursprünglichen, und nicht nach der mittlerweile massiv nach unten korrigierten Verkehrsprognose bemessen werden.

Die Prignitz besteht zu rund 90 % aus Vegetationsflächen. Dreiviertel davon sind Landwirtschaftsflächen, ein Viertel davon Wald ☀️ Die Flächenverhältnisse dürfen nicht mehr auf Kosten der Vegetationsflächen verschoben werden, Stadt- und Dorferweiterungen müssen durch Nachverdichtung erfolgen ☀️ Die Landwirtschaft, zusammen mit Forstwirtschaft und Fischerei sind in der Prignitz der Wirtschaftszweig mit dem geringsten Anteil an Beschäftigten (6,3 %) und an der Bruttowertschöpfung (3,5 %) ☀️ Doch hat sie

mit der Sicherung unserer Ernährung eine elementare gesellschaftliche Funktion und zugleich eine ganz wesentliche Bedeutung für Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und die Lebensbedingungen der von ihr gehaltenen Tiere.

Artikel 39, Abs. 1 der brandenburgischen Verfassung:  
„Der Schutz der Natur, der Umwelt und der gewachsenen Kulturlandschaft als Grundlage gegenwärtigen und künftigen Lebens ist Pflicht des Landes und aller Menschen.“ ☀️ Abs. 3: „Tier und Pflanze werden als Lebewesen geachtet. Art und artgerechter Lebensraum sind zu erhalten und zu schützen.“ ☀️ Es ist Aufgabe von Land, Städten und Gemeinden und ganz wesentlich auch der Landwirtschaft, diese Forderungen strikt zu befolgen ☀️ Forderung: Pestizideinsatz ganz wesentlich verringern, keine Neonicotinoide und kein Glyphosat mehr ☀️ Statt Monokulturen vielfäl-

**tige kleinräumigere Anbaumethoden und Biotopverbände.**

**Wir stehen voll hinter der Volksinitiative „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern“ der Brandenburger Umweltverbände und ihren Forderungen ☀ Die parallel dazu laufende Volksinitiative „Mehr als nur ein Summen“ der Landnutzerverbände sehen wir als Aktion, in Konkurrenz zur Initiative der Naturschutzverbände wichtige Änderungen erst einmal zu verzögern ☀ In der Langfassung Zahlen für die von Betrieben in der Prignitz gehaltenen Geflügeltiere, Schweine, Rinder, Schafe, Pferde/Esel und Ziegen ☀ Qualmast und „Tierwohl“, Verbesserungsansätze.**

**Von den zehn wärmsten Jahren seit 1881 fielen neun in die letzten 30 Jahre und sechs in dieses Jahrhundert ☀ Durch die bisher vehement fortschreitende Erwärmung drohen Tier- und Pflanzenarten auszu-**

sterben, der Mensch muss mit Hitzestress, Ernteaussfällen und Trinkwasserknappheit rechnen, die Ökosysteme der Ozeane leiden, mit der Eisschmelze der Pole und Gletscher steigt der Meeresspiegel ☀ Landesumweltamt Brandenburg: „Die klimatischen Voraussetzungen, die gegenwärtigen Klimabeobachtungen und die erwarteten Auswirkungen des Klimawandels machen die Region Berlin-Brandenburg zu einem der am stärksten verwundbaren Gebiete Deutschlands.“

Deutschland wird seine Klimaziele für das Jahr 2020 deutlich verfehlen ☀ Im Verkehrsbereich hat es von 1990 bis 2018 keinerlei Verringerung der Treibhausgasemissionen gegeben ☀ Beim Treibhausgasausstoß hat Brandenburg in Deutschland eine herausragend schlechte Position, es hat den höchsten Pro-Kopf-Primärenergieverbrauch aller Bundesländer. Dieser wuchs gegenüber 2008 sogar ☀ Rund 50% werden hier durch Braunkohleverstromung verursacht.

Die Prignitz leistet einen sehr hohen Beitrag zur Erzeugung von Erneuerbarer Energie in Brandenburg

- ☀️ Doch der Gewinn, den Betreiber und Landbesitzer über Pachtzahlungen aus den Anlagen ziehen, ist unvergleichlich größer als der der Kommunen, in denen diese stehen
- ☀️ Es ist dringend, auf gesetzlichem Wege bedeutende Zahlungen der Gewinnträger an die betroffenen Kommunen zu erreichen
- ☀️ Es ist für einen bundesweit einheitlichen Strompreis zu sorgen
- ☀️ Ein Abstand von Windenergieanlagen von unter 1.000 Metern zu Siedlungsflächen ist nicht akzeptabel
- ☀️ Auch 1.000 Meter sind problematisch bei Höhen, die jetzt schon bei 240 Metern sind und weiter wachsen werden
- ☀️ Es muss eine Grundsatzdebatte geführt werden über den Beitrag, den eine Region gerechterweise zu den erneuerbaren Energien leisten sollte
- ☀️ Bei der vom Land seit Langem unhinterfragt geltenden Vorgabe von 2 % der Landesfläche für Windeignungsgebiete kann es nicht bleiben.

Es bleibt zuletzt der Appell an uns alle, auch unabhängig von Ge- oder Verboten, positiven oder negativen finanziellen Anreizen als Landkreis, Kommunen und Verbraucher mehr Verantwortung dafür zu übernehmen, dass wir das Ziel des Pariser Klimaabkommens noch ermöglichen, die Erderwärmung auf 1,5°C über dem vorindustriellen Level zu begrenzen. ☀️



**Was wollen wir?**

**Am Anfang  
aller Politik sollte  
stehen, sich und  
anderen nichts  
vorzumachen.**

**Weil wir hier leben.**



[grueneprignitz.de](http://grueneprignitz.de)

# Machen wir uns nichts vor.

Die Prignitz hatte 1981 117.200 Einwohner, bis 1990 verließen 7.800 Menschen die Region, 2017 wohnten hier noch 77.300 Personen und 2018 waren es noch 76.600. Für 2030 wird mit etwa 69.000 Einwohnern gerechnet.

Ähnlich ist die Entwicklung in den anderen berlinfernen Landkreisen. Die Neigung der Landesregierung, diesen Regionen immer weniger Bedeutung und Mittel zuzumessen, ist groß.

# Dagegen muss man etwas tun.

Aber, zweite schlechte Nachricht: In einer vom Landtag beauftragten Umfrage in den berlinfernen Regionen gab mehr als die Hälfte der Befragten (16 Jahre und älter) an, dass sie nur eingeschränktes oder gar kein Vertrauen in

die politischen Akteure an ihrem Wohnort hatten. Noch schlechter waren die Bewertungen bei der Frage, ob sich die Landes- und Kommunalpolitiker für den Ort der Befragten interessierten.

# Was also tun?

Etwas Positives in den Blick nehmen und dann sehen, wo man selbst anpacken kann! Das Positive: Die Hälfte der Befragten in den ländlichen Regionen würde einem guten Freund (fast) uneingeschränkt empfehlen, in seine Gemeinde oder Stadt

zu ziehen, und ein weiteres Viertel würde das eher empfehlen als nicht empfehlen. Hauptsächlichste Gründe: Hohe Wohn- und Lebensqualität, hohe Landschafts- und Umweltqualitäten und der nachbarschaftliche Zusammenhalt.

# Daraus kann man nur den Schluss ziehen:

*Wir leben hier, wir wollen hier gut leben, aber wir müssen uns dringend an dem, was dafür notwendig ist, beteiligen.*

*Wie beim erfolgreichen Widerstand gegen eine Kreisgebietsreform, die die Prignitz noch unbedeutender gemacht hätte.*

## Beteiligung

Beteiligung ist eine unverzichtbare Grundlage für positive Entwicklungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Doch wissen schon viele nicht, in welchen Gremien bei ihnen was entschieden wird, und wie man an Informationen darüber kommt. Hierüber müssten Landkreis, Städte, Ämter und Gemeinden auf ihren Websites Auskunft geben. Wir haben das als Kreisverband Prignitz von Bündnis 90/Die Grünen in einigen grundlegenden Punkten auf unserer Website getan (siehe [gruenepignitz.de](http://gruenepignitz.de)). Das ist natürlich noch ausbaufähig.

Für die Teilhabe und möglichst auch Mitwirkung der Bürger an

ihren Entscheidungen müssen Kreistag, Städte, Gemeinden und Ortsteile die Inhalte ihrer Sitzungen auf ihre Website stellen: Tagesordnungen, Anträge, Sitzungsprotokolle. Kreistagssitzungen sollten im Internet per Video live mitverfolgt werden können. Es ist nicht nur wichtig zu wissen, wie argumentiert wird, sondern auch, wer sich für oder gegen etwas stark macht. Man sollte auch wissen können, ob der, den man gewählt hat, gute Arbeit macht. Die Zeitungen reichen hier zur Information bei weitem nicht aus.

In den Stadtverordneten- und Gemeindevertreter- wie auch Ausschusssitzungen sollten die

Bürger auch innerhalb der sie interessierenden Tagesordnungspunkte zu Wort kommen können. Das ist in der brandenburgischen Kommunalverfassung und den Geschäftsordnungen der Gremien zwar so nicht vorgesehen, ist aber per Mehrheitsbeschluss der Gremienmitglieder machbar und wird in zumindest einer Gemeinde schon mit Erfolg praktiziert.

Von den Bürgern müssen über digitale Beteiligungsplattformen Anfragen eingebracht und Vorschläge gemacht werden können. Die Rathäuser und Gemeindeverwaltungen müssen für Fragen

und Beratungen offen sein. An den Schulen muss vermittelt werden, wie aktive Mitwirkung funktioniert und was durch sie bewirkt werden kann.

Aufgrund eines Gesetzesantrags der grünen Landtagsfraktion wurde in die brandenburgische Kommunalverfassung aufgenommen, dass Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise zu beteiligen sind. Es sollte darauf geachtet werden, dass das in Städten und Gemeinden auch konsequent so praktiziert wird.

## Stärkung der Dörfer

Die Bewohner der Prignitz verteilen sich etwa zur einen Hälfte auf die sieben Städte (ohne eingemeindete Dörfer) und zur anderen Hälfte auf rund 260 Dörfer und rund 110 Wohnplätze. Diese sind ein ganz wesentlicher Teil der Prignitz, und besonders hier findet wohl der von den Prignit-

zern geschätzte „nachbarschaftliche Zusammenhalt“ statt.

Es ist zum Erhalt regionaler Werte der Prignitz als Kulturlandschaft bedeutend, die Dörfer, deren Mitwirkungsmöglichkeiten durch Eingemeindungen stark eingeschränkt wurden, nach innen wie außen wieder zu stärken. Dazu

gehört die Aufnahme von Ortsteilbudgets in die Gemeindehaushalte mit einem jährlichen Grundbetrag pro Ortsteil und einem festen Betrag pro Einwohner. Auch das ist teilweise schon Praxis. Hieraus können Vereine un-

terstützt und Dorffeste sowie kleinere Projekte finanziert werden. Entscheidungen, die nur die Dörfer selbst betreffen, sollten deren Einwohner auch direktdemokratisch treffen können.

## Allgemeine Grundversorgung, Offenheit und soziales Miteinander

Der Artikel 44 der Brandenburger Verfassung lautet: „Das Land gewährleistet eine Strukturförderung der Regionen mit dem Ziel, in allen Landesteilen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und zu erhalten.“ Darauf sollten wir mit allem Nachdruck bestehen!

Zu den gleichwertigen Lebensbedingungen gehören eine gesicherte allgemeine Grundversorgung mit den Sozialleistungen der öffentlichen Hand einschließlich medizinischer Versorgung, personell ausreichend besetzte bürgerfreundliche Verwaltungen,

ein öffentlicher Verkehr, der den Grundbedürfnissen genügt und eine flächendeckende Ausstattung mit digitaler Vernetzung und Mobilfunk.

Es darf dabei nicht sein, dass das Land die Bereitstellung seiner Mittel allein nach der Zahl der Einwohner bemisst und dabei außer Acht lässt, dass viele Kosten auch durch die große Fläche entstehen, die zu erschließen und in ihrer Qualität zu bewahren ist. Die Prignitz ist der Landkreis mit der größten Fläche pro Einwohner in Deutschland. Mittelzuweisungen alleine nach der

Einwohnerzahl würden die Prignitz in hohem Maße benachteiligen. Zur Kostenminderung sollten die Gemeinden jedoch enger und möglichst auch arbeitsteilig zusammenarbeiten.

Gleichwertige Lebensbedingungen heißen nicht: Gleiche Lebensbedingungen. Es ist selbstverständlich, und macht einen der schätzenswerten Aspekte des Lebens in ländlichen Räumen aus, dass zur Versorgung auch gehört, dass es flexible Vor-Ort-Lösungen gibt, die die Bewohner miteinander selbst organisieren, ohne öffentliche Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Eines der Ergebnisse der oben schon angeführten Umfrage war, dass ein Drittel der Befragten schon immer in seiner Gemeinde wohnte, ein Achtel mal weggezogen aber wiedergekommen war, und knapp über die Hälfte der Befragten in der Gemeinde Zugezogene waren. Rund 20 Prozent waren in den letzten zehn Jahren zugezogen, weitere 20 Prozent in den zehn Jahren davor.

Ohne die auch von außerhalb der Prignitz Zugezogenen wäre der ohnehin schon erhebliche Einwohnerverlust bei uns noch ganz wesentlich größer, weil nichts mehr dem Wegzug und dem Sterbeüberschuss entgegengesetzt würde. Für ein gutes und die Zukunft gemeinsam gestaltendes Miteinander ist es daher unerlässlich, dass alle, die zuziehen, von da an voll dazugehören und voll einbezogen werden. Sie bringen in aller Regel guten Willen mit, Hoffnungen auf ein gutes Miteinander, vielfach auch Lust, sich einzubringen und sind häufig auch in der Lage und bereit, mit der Restaurierung ihrer Immobilie beträchtlich zum Erhalt der Städte und Dörfer beizutragen. Auch die, die erst im Rentenalter kommen, sind wichtige Kunden für Einzelhandel, Baumärkte, Handwerker und Ärzte und das kulturelle Angebot, das sie oft auch bereichern. Das heißt: sie tragen wesentlich und unverzichtbar zur lebendigen Gegenwart und Zukunft der Prignitz bei.

**Herkunft:  
egal.  
Zuhause:  
hier.**



**Weil wir hier leben.**



[gruene.de](http://gruene.de)

Zu den Zugezogenen gehören auch Immigranten aus EU- und Nicht-EU-Ländern sowie Geflüchtete. 2017 hatten vier Prozent der Prignitzer eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Von diesen rund 3.200 Personen waren gut 1.000 Asylsuchende. Hinzu kommen einige hundert Personen mit abgeschlossenen Asylverfahren. Es ist sehr zu begrüßen, dass der Landkreis Geflüchteten Einzelwohnungen statt Sammelunterkünfte anbietet und damit eher ein gemeinsames Leben mit den Einheimischen ermöglicht. Auch die Einbeziehung der Geflüchteten so weit wie möglich in das Miteinander in Städten und Dörfern gehört zu einer welt- und zukunfts-offenen Prignitz.

Dazu gehört auch, sie in das Arbeitsleben einzubeziehen. Viele Geflüchtete wollen arbeiten und weg vom Leistungsbezug. Die Prignitz braucht dringend Arbeitskräfte. Die aktuellen Rahmenbedingungen von Bund und Land lassen hier leider nicht viel Spielraum. Aber dieser sollte voll

ausgenutzt werden, um, anknüpfend an den vorhandenen beruflichen und praktischen Erfahrungen der Geflüchteten, für alle Seiten sinnvolle Arbeit zu ermöglichen.

Die Prignitz hat deutschlandweit eine der höchsten Vereinsdichten. Die Vereine und besonders die Freiwilligen Feuerwehren machen einen wichtigen Teil des sozialen Miteinanders aus und leisten auch wertvolle Integrationsarbeit. Neubürger und besonders Geflüchtete finden hier wichtige soziale Kontakte, und Kinder, Jugendliche und Erwachsene ein weiteres Stück Bindung und Identifikation.

Ebenso wichtig wie die Unterstützung der Vereine durch die Gemeinden ist die Unterstützung örtlicher kultureller Aktivitäten, von Ausstellungen, Konzerten aller Art über das Dorftheater bis hin zum deutschlandweit bekannten „Dorf macht Oper“ in Plattenburg, die auch Kinder und Jugendliche voll einbeziehen. Zu einer zukunfts-offenen Region gehört

auch, dass innovative Querköpfe mehr auf freundliche Neugier und Unterstützung als auf Befremden und Ablehnung stoßen.

Für Kinder und Jugendliche sind Anlagen im Freien zu schaffen, wo sie Kraft, Geschicklichkeit und Wettkampflust ausleben können. Und sie müssen auch Räume für die verschiedensten Indoor-Aktivitäten (Freizeitzentren, Jugendklubs, Jugendräume) in der wünschenswerten Vielfalt zur Verfügung haben. Qualifiziertes Personal spielt hier eine sehr wichtige Rolle.

Bei allem nachbarschaftlichen und kommunalen Bemühen wird es immer Personen geben, die auch für familiäre oder nachbarschaftliche Hilfe zu pflegebedürftig werden, oder Personen, die aus anderen Gründen große Pro-

bleme bekommen, ihr Leben zu regeln. Schon Jugendklubs, Lehrer und Schulsozialarbeiter können hier präventive Hilfe bieten. Es ist Aufgabe von Landkreis und Kommunen, Pflegeberatung sowie Sozial-, Schulden- und Suchtberatung und auch Obdachlosenbetreuung zu organisieren bzw. zu unterstützen und jedem Ratsuchenden Hilfe zu vermitteln.

Das dringende Problem ist, dass einige Beratungen Jahr für Jahr um Mittel und Stellen kämpfen müssen und nicht die bekommen, die bei der ständigen Zunahme Betroffener unbedingt gebraucht werden. Da dies nicht allein in der Prignitz abzusichern ist, sehen wir unsere Aufgabe auch darin, entsprechende Förderprogramme der Landes-, Bundes- und EU-Ebene einzufordern.

## Bildung

In der Prignitz gibt es gegenwärtig 59 Kitas und 8 eigene Horte mit einer Gesamtkapazität von

rund 5.500 Plätzen. Das waren über 10% mehr als acht Jahre zuvor. In Perleberg wird eine wei-

tere Kita gebaut. Problematischer als die Zahl der Plätze scheint fehlendes Personal zu sein. Hier stünden nach Auskunft einer Gemeinde qualifizierte Quereinsteigerinnen und -einsteiger zur Verfügung. Doch sie können nicht eingestellt werden, weil sie trotz sehr ähnlicher Qualifikation und Praxis von der Landesebene keine Anerkennung bekommen.

In der Prignitz gibt es 21 Grundschulen, fünf Oberschulen, drei Gymnasien und vier Förderschulen. Ein nicht unmittelbar auffallendes, aber schwerwiegendes Problem ist die hohe Schulabbrecherquote. Sie gehört zu den höchsten in Deutschland, erhöht den Fachkräftemangel und schmälert die Zukunftsfähigkeit der Prignitz. Wir werden uns bemühen, die Ursachen hierfür herauszufinden, und damit zu sehen, wo man zur Verbesserung der Dinge ansetzen müsste. Auf jeden Fall ist es erforderlich, die Zahl der Schulsozialarbeiter an Grund- wie Oberschulen zu erhöhen und ihre Stellenbeschreibung so flexi-

bel zu gestalten, dass sie auch bei Disziplinproblemen helfen können, die den Unterricht in höherem Maße beeinträchtigen.

Von den Schulen darf keine mehr gestrichen werden. Gut erreichbare Schulen, die qualitativ mit anderen Regionen mindestens mithalten können, sorgen nicht nur für ein Ausbildungsniveau, das von der einheimischen Wirtschaft dringend gebraucht wird, sondern sind für junge Familien auch ein wichtiges Argument, her- bzw. nicht wegzuziehen.

Bei den drei Gymnasien können wir uns eine Kooperation in dem Sinne vorstellen, dass Arbeitsgruppen und Kurse, für die die Schülerzahl an einem Gymnasium zu gering wäre, oder die dort gar nicht angeboten werden, für Schüler zweier oder ggf. auch aller drei Gymnasien zusammen an jeweils einem Standort angeboten werden.



# Digitalisierung und Mobilfunk

Zu den Grundvoraussetzungen für eine zukunftsfähige Prignitz gehören flächendeckend ein schnelles Internet und ebenso ein lückenloses, jeden Punkt in der Region erreichendes Mobilfunknetz. Beides ist für Bewohner wie Gewerbetreibende und Firmen unverzichtbar und bietet auch die Möglichkeit, Arbeitsplätze in den ländlichen Raum zu verlagern. Dies nicht in hoher Qualität und flächendeckend zu haben ist eine Zuzugsbremse, die man sich einfach nicht leisten kann. Das lü-

ckenlose Mobilfunknetz müsste durch regionales Roaming gesichert werden, d.h. durch die Möglichkeit, örtliche Lücken dadurch zu schließen, dass die Netzstruktur anderer Anbieter genutzt werden kann.

Auf die Möglichkeit, das Internet für die Information und demokratische Mitwirkung der Bürger zu nutzen und auch, ihnen Behördengänge zu ersparen, wurde oben schon eingegangen. Zu lokalen Mitfahr-Apps siehe unter *Mobilität*.

## Mobilität

Bei der Verstreutheit der Dörfer, der geringen Fahrgastzahl und den zur Verfügung gestellten Mitteln ist es nahezu unmöglich, alle Dörfer so einzubinden, dass der Bus das Auto oder (E-) Fahrrad ersetzen kann. Der Rufbus verdichtet zwar bei persönlicher Nachfrage die Nutzungszeiten der Linienbusse, doch sind Rufbusse

aufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts von 2013 an die Strecken der Buslinien gebunden, so dass wünschenswerte vollflexible Flächenrufbusse, wie sie auch die Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen ...“ fordert, nicht möglich sind. Müsste man bei einer Fahrt mit dem Linienbus einmal

in einen anderen Bus umsteigen, muss man das bei einer Fahrt mit dem Rufbus an derselben Haltestelle ebenfalls, gegebenenfalls in einen zweiten Rufbus. Und auf Strecken mit reinem Schülerverkehr gibt es in den Ferien auch keinen Rufbus. Das ist höchst unbefriedigend, und es ist zu prüfen, ob man unter gewisser Strafpazierung des Urteils von 2013 nicht doch etwas flexiblere Lösungen ermöglichen kann.

Verbesserungsmöglichkeiten: An allen Bahnhöfen sollten die Fahrräder durch Anlehnbügel gehalten werden, die sowohl Felgen und Speichen schonen als auch sehr gut zum Anschließen taugen. Solche Abstellanlagen sollten auch an Haltestellen eingerichtet werden, die man von Dörfern, die mit dem Bus schlecht angeschlossen sind, gut erreichen kann. Die Verknüpfungen zwischen Bus und Bahn sollten zeitlich enger sein. Der Prignitz-Express sollte auch nach der Landesgartenschau dauerhaft an allen Wochentagen im Stundentakt fahren. Von Ber-

lin und Hamburg sollte die Prignitz auch nach dem letzten Konzert per Bahn erreichbar sein. Für Schüler und Auszubildende sollte es ein 365-€-Jahresticket geben.

Und: Die Bürger sollten zur Selbsthilfe greifen können: Mitfahr-Apps könnten private Mitfahrmöglichkeiten schaffen. Und es könnten versuchsweise Mitfahr-Bänke aufgestellt und entsprechend gekennzeichnet werden. Wer dort sitzt oder steht, möchte mitgenommen werden.

Schließlich zur A 14: Eine Verbesserung der Straßenverkehrsverbindung im Zuge von B 189 und B 5 halten wir ebenfalls für erforderlich, jedoch nicht in den Dimensionen einer Autobahn. Sie zerschneidet und zerstört mit ihrer Breite von 28 Metern – Böschungen und Nebenanlagen nicht gerechnet – wertvolle Naturschutzgebiete und ist auch vom zu erwartenden Verkehrsaufkommen her völlig überdimensioniert. Um sie in den Bundesverkehrswegeplan zu bekommen, wurden 2004 für das Jahr 2015

auf der A 14 zwischen Wittenberge und Karstädt 23.000 Fahrzeuge am Tag prognostiziert. Jeder Fachmann wusste, dass das eine Mondzahl war. Mittlerweile hat man die Prognose für das Jahr 2030 um über 40% auf 13.000 Fahrzeuge gesenkt. Vermutlich auch, um die Ansprüche an Lärmschutzmaßnahmen zu vermindern. Das ist sehr wahrscheinlich immer noch zu hoch. Die tatsächliche Verkehrsstärke auf der B 189 bei Wittenberge liegt seit über zehn Jahren konstant bei 6.500 Kfz/d. Der tatsächliche Wert wird nahe der durchschnittlichen Verkehrsbelastung der deutschen

Bundesstraßen liegen. Die betrug im Jahr 2017 9.660 Kraftfahrzeuge am Tag.

Wenn jedoch, wie es aussieht, am Bau der A 14 kein Vorbeikommen sein sollte, muss es, schon weil die Straße über völlig unrealistische Prognosen erschwindelt wurde, für Ausgleichsmaßnahmen einen Naturschutzfonds geben, der über das gesetzlich Erforderliche beträchtlich hinausgeht. Und die Lärmschutzmaßnahmen für die anliegenden Dörfer sollten an den 23.000 Fahrzeugen orientiert werden, mit denen die Autobahn durchgedrückt wurde.

## Umwelt, Land- und Forstwirtschaft

Die Prignitz besteht zu 91% aus Vegetationsflächen. 67,9% sind Landwirtschaftsflächen, davon etwa ein Viertel Grünland, und 22,5% Wald. Siedlungsflächen machen 3,8% aus, Verkehrsflächen 3,3% und Gewässer 1,9%. Wie die oben zitierte Um-

frage gezeigt hat, schätzen Menschen in den berlinfernen Regionen dort insbesondere die hohen Landschafts- und Umweltqualitäten. Diese sollten daher unbedingt erhalten und nach Möglichkeit noch verbessert werden. Eine Verbesserung ist insbeson-

dere in den Regionen mit Windparks und großen Solarflächen anzustreben. Auch wenn man, wie wir, deren Beitrag zum Klimaschutz sehr hoch einschätzt, stellen sie vor Ort eine Beeinträchtigung von Landschaft und Landschaftsbild dar.

Insbesondere sollten die Flächenverhältnisse nicht auf Kosten der Vegetationsflächen verschoben werden – anders als in den letzten 25 Jahren, in denen die Siedlungs- und Verkehrsflächen um knapp 25 % zugenommen haben. Angesichts des kontinuierlichen Einwohnerrückgangs sollten Stadt- und Dorferweiterungen daher unbedingt vermieden und klare Stadtkanten und Siedlungsgrenzen eingehalten werden.

Die Landwirtschaft (gemeinsam mit Forstwirtschaft und Fischerei) ist zwar hinsichtlich der Zahl der Erwerbstätigen wie hinsichtlich der Bruttowertschöpfung in Brandenburg wie auch in der Prignitz der kleinste Wirtschaftsbereich: Der Anteil von Land-, Forstwirtschaft und Fischerei an den Er-

werbstätigen beträgt in Brandenburg 2,9 %, in der Prignitz 6,3 %. Ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung beträgt in Brandenburg 1,3 %, in der Prignitz 3,5 % (Zahlen von 2016). Doch hat sie mit der Sicherung unserer Ernährung eine elementare gesellschaftliche Funktion und zugleich eine ganz wesentliche Bedeutung für Boden, Wasser, Artenvielfalt und die Lebensbedingungen der von ihr gehaltenen Tiere. Die brandenburgische Verfassung sagt im Artikel 39 in den Absätzen 1 und 3 ausdrücklich, wie hier zu handeln ist: „Der Schutz der Natur, der Umwelt und der gewachsenen Kulturlandschaft als Grundlage gegenwärtigen und künftigen Lebens ist Pflicht des Landes und aller Menschen.“ Und: „Tier und Pflanze werden als Lebewesen geachtet. Art und artgerechter Lebensraum sind zu erhalten und zu schützen.“ Eine Einschränkung „... sofern dem nicht ökonomische Interessen entgegenstehen“ ist dem nicht angefügt. Diese Forderungen strikt zu befolgen, ist Aufgabe von

Land, Städten und Gemeinden und ganz wesentlich auch der Landwirtschaft.

Wir möchten hier nur auf einige Aspekte davon eingehen: Der Einsatz von Pestiziden sollte ganz erheblich verringert und der von Neonicotinoiden gegen Insekten und Glyphosat gegen Beikräuter (ehemals „Unkräuter“ genannt) eingestellt werden. Statt Monokulturen in großflächig ausgeräumten Agrarlandschaften sollten vielfältige kleinräumigere Anbaumethoden und zusätzliche Ausgleichsflächen gefördert werden. Einzelne Biotop sollten nach Möglichkeit zu zusammenhängenden Lebensräumen, sogenannten Biotopverbänden, miteinander verbunden werden. Der Erhalt und die Neuanlage von Hecken, Feldrainen, Gewässerrandstreifen, breiteren Feldrändern, Brachen, Streuobstwiesen und Trockenrasen sind zur Erhaltung der bereits stark dezimierten Arten dringend erforderlich.

In diesem Sinne unterstützen wir auch die Volksinitiative „Arten-

vielfalt retten – Zukunft sichern“ der Brandenburger Umweltverbände mit den Forderungen, den Pestizideinsatz in Naturschutzgebieten zu verbieten, bei der Verpachtung von landeseigenen Flächen eine naturverträgliche Bewirtschaftung sicherzustellen, in 10 m breiten Gewässerrandstreifen den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln und in 5 m breiten Gewässerrandstreifen die ackerbauliche Nutzung zu untersagen, EU- und Landesgelder für eine am Gemeinwohl orientierte naturnahe Landwirtschaft zu verwenden, den Anteil des ökologischen Landbaus bis 2025 auf mindestens 20% und bis 2030 auf mindestens 25% zu erweitern, entsprechende Wertschöpfungsketten auf- und auszubauen, Kommunen durch das Land zu fördern, die eine naturverträgliche Bewirtschaftung von eigenen Flächen ohne Pflanzenschutzmittel beabsichtigen, Eingriffe in die Insektenfauna durch künstliche Beleuchtung so weit wie möglich zu vermeiden, und keine land-

wirtschaftlichen Flächen mehr für eine Ausdehnung der Siedlungsbereiche aufzugeben.

Damit wird gefordert, eine Reihe von dringlichen und gegen das Artensterben wirksamen Maßnahmen sofort zu ergreifen.

Die parallel dazu laufende Volkswirtschaftliche Initiative „Mehr als nur ein Summen ...“ der Landnutzerverbände sehen wir als Aktion, in Konkurrenz zur Initiative der Naturschutzverbände wichtige Änderungen erst einmal zu verzögern. Stattdessen bestehen hier wesentliche Maßnahmen in der Schaffung eines Beratungsgremiums (mit unter anderem allen Trägern dieser Initiative als Mitgliedern), einer Koordinierungsstelle zur wissenschaftlichen Begleitforschung, der Initiierung eines Leitbildprozesses, in den sich wieder die Träger der Initiative einbringen sollen, oder einer Entbürokratisierung der Weidetierhaltung, die, gemeinsam mit vorgeschlagenen konkreteren Maßnahmen, nicht geeignet sind, auf

die Schnelle gegen das Artensterben zu helfen.

In der Prignitz wurden mit Stand vom 1.3.2016 von landwirtschaftlichen Betrieben 313.000 Hühner, 244.000 Tiere sonstigen Geflügels (Truthühner, Gänse, Enten), 72.000 Schweine, 65.000 Rinder, 6.000 Schafe, 700 Pferde und Esel sowie 50 Ziegen gehalten.

Die jeweils größten Anlagen haben – Stand 1.8.2017 – 207.000 Plätze für Mastgeflügel, 110.000 für Hennen, 7.200 für Mastschweine, 6.300 für Ferkel, 2.700 für Sauen und 4.400 für Rinder. Die Art der Haltung ist uns im Einzelnen nicht bekannt. Bekannt sind uns die Bedingungen, für die 2013 in Gumtow eine Anlage mit 400.000 Hühnermastplätzen beantragt wurde. Die Tiere sollten in 35 Tagen von 40 auf durchschnittlich 1.870 g gebracht werden. Dabei wachsen sie deutlich schneller als ihr Skelett, was zu Deformitäten und Krankheiten führt. Die zulässige (sie gilt heute noch) und angestrebte Besatzdichte waren 39 kg/m<sup>2</sup>. Das

bedeutete 21 Tiere pro m<sup>2</sup> oder ein Tier auf  $\frac{3}{4}$  DIN-A-4-Blattfläche. Und das in Mastställen mit je 50.000 Tieren. Im Jahr sollte es acht Mastdurchgänge geben. Die 3,2 Mio Tiere, mit vier Tieren pro Meter hintereinander gelegt, hätten von Gumtow bis nach Wien gereicht.

Diese Art der Tierhaltung ist nur mit dem Einsatz von Antibiotika und Mitteln gegen Parasiten zu realisieren. Geflügelkot und Mist enthalten regelmäßig Bakterien mit einem erheblichen krankmachenden Potenzial für Menschen und Tiere. Dazu gehören auch – massiv gefördert durch den hohen Antibiotika-Einsatz in Massentieranlagen – Keime, die gegen Antibiotika resistent sind. Es ist zu befürchten, dass die Ausbringung von Geflügelkot und Mist die Entstehung und Verbreitung resistenter Keime begünstigt. Daher muss der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung auf ein Minimum gebracht werden.

Es ist eine Erfolgsgeschichte von Mitgliedern des grünen Kreisver-

bands, in Gumtow eine Bürgerinitiative initiiert und wesentlich mitgetragen zu haben, die, zusammen mit der Gemeindevertretung, 300 Einwendern im Genehmigungsverfahren sowie rechtsanwaltlicher Unterstützung erreicht hat, dass die Genehmigungsbehörde den Antrag des holländischen Investors ablehnte. Dieser klagt allerdings immer noch dagegen.

Eine solche Mast kann man nur als Qualmast bezeichnen. Die Tiere sind zugunsten üppigen Brustfleisches bereits genetisch deformiert, ihre Grundbedürfnisse wie Laufen, Scharren, Sozialleben, Körperpflege sind erheblich gestört oder ganz verhindert. Dies verstößt massiv gegen die Forderung der Landesverfassung, die Tiere als Lebewesen zu achten und ihnen einen artgerechten Lebensraum zu erhalten – wovon man nicht die Tiere ausschließen kann, die man nur als Nahrungsmittel zu Lebewesen macht.

Der 2017 im Auftrag des Ministeriums für Ländliche Entwicklung,

# Klima- schutz kennt keine Grenzen.



Kommt, wir bauen  
das neue Europa!



[gruene.de](http://gruene.de)

Umwelt und Landwirtschaft des Landes erarbeitete Tierschutzplan schlägt hier – im gleichen Stil wie die Volksinitiative „Mehr als ein Summen ...“ der Landnutzer – statt Verbesserungen erstmal Forschung vor. So heißt es in den Empfehlungen zur Besatzdichte bei Masthühnern: „Die Arbeitsgruppe weist darauf hin, dass eine geringere Besatzdichte Vorteile für das Tierwohl bringen kann. Die Initiative Tierwohl erlaubt max. 35 kg/m<sup>2</sup>. Die Arbeitsgruppe empfiehlt Forschungsprojekte zu den Auswirkungen noch niedrigerer Besatzdichten.“

Die 35 kg/m<sup>2</sup> als „Tierwohl“ zu bezeichnen, die die „Initiative Tierwohl“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erlaubt – das sind bei 1.870g pro Huhn 18 Hühner pro m<sup>2</sup> und pro Huhn eine Fläche von 24x24 cm – ist schlimme Verbrauchertäuschung.

Auch in der Schweinemast sind die gesetzlichen Mindestanforderungen nicht geeignet, Qualmast zu verhindern. Es gibt in jüngerer

Zeit jedoch Beispiele in der Prignitz, wo Tierhalter ihren Mastbetrieb insbesondere auf mehr Bewegungsraum, mehr Trennung von Boden und Fäkalien, eine geringere Eintönigkeit und mehr Sozialleben für die Tiere umgestellt haben. Unser Brandenburger Spitzenkandidat zur Landtagswahl, Benjamin Raschke, schrieb zum jüngsten Prignitzer Schweinemast-Beispiel: „Das ist noch kein Systemwechsel, auch hier sind die Tiere beispielsweise nicht im Freien. Aber es sind wirklich gute Schritte innerhalb des bestehenden Systems – und zudem aus einer Grundhaltung heraus, dass man sich auf den Weg machen müsse.“

Solche Schritte sind dringendst, und sie sollten nachdrücklich gefördert und gefordert werden. Und der Verbraucher sollte beim Kauf ohne Etikettenschwindel sehen können, unter welchen Bedingungen das Tier gelebt hat. Er sollte bereit sein, für ein weniger quälendes Tierleben mehr zu bezahlen und zugleich seinen

Fleischkonsum so weit wie möglich zu reduzieren. Dazu kann auch beitragen, dass Restaurants und Imbisse wesentlich stärker, vielfältiger und noch schmackhaf-

ter Vegetarisches anbieten. Auch auf Gemeinde-, Dorf- und Vereinsfesten könnte das ja mal versucht werden.

## Klimaschutz und erneuerbare Energien

Beim Klimawandel ist es seit Langem keine Frage mehr, ob es ihn gibt. Auch nicht, welche verheerenden Folgen er jetzt schon haben wird. Auch nicht, dass er in bedeutendem Maße menschengemacht ist. Und auch nicht, welche Gase im Wesentlichen an ihm beteiligt sind: Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) durch das Verbrennen fossiler Energieträger wie z. B. Kohle und Erdöl für Energie-, Wärmeerzeugung und Verkehr sowie großflächige Entwaldung für Viehhaltung und Lebensmittelproduktion; Methan (CH<sub>4</sub>) und Lachgas (N<sub>2</sub>O) durch Land- und Viehwirtschaft.

Der rbb 24 brachte am 8. April dieses Jahres eine Auswertung

von Daten des Deutschen Wetterdienstes und des Brandenburgischen Landesamtes für Umwelt unter dem Titel „Klimawandel. Das erwartet Berlin und Brandenburg bis 2100“. Danach waren die zehn wärmsten Jahre in Berlin-Brandenburg seit 1881 die Jahre 1934, 1989, 1990, 1999, 2000, 2007, 2008, 2014, 2015 und 2018. Sechs davon fallen in dieses Jahrhundert. rbb 24 schreibt in seiner Dokumentation: „Die Häufung heißer Jahre in den letzten drei Jahrzehnten ist augenfällig – und alarmierend. Denn die vergleichsweise schnelle Erwärmung ist gefährlich für viele Lebewesen, die sich so rasch nicht anpassen können. Tier- und Pflanzenarten drohen auszuster-

ben, der Mensch muss mit Hitzestress, Ernteaussfällen und Trinkwasserknappheit rechnen. Auch die Ökosysteme der Ozeane leiden. Wenn das Eis der Pole und Gletscher schmilzt, steigt zudem der Meeresspiegel.“ Zu ergänzen ist: Und es wird vor allem die ohnehin schon unter Dürren, Stürmen und Überschwemmungen leidenden Länder treffen und Migrationsströme außerordentlichen Ausmaßes erzeugen.

Sollte es in diesem Jahr einen weiteren Dürresommer geben, wie er in den Medien befürchtet wird, könnte er noch weitreichendere Folgen haben als der des letzten Jahres, da die Bodenfeuchte aufgrund des Vorjahrs und des wiederum zu trockenen Frühjahrs viel zu gering ist. „Förster schlägt Alarm. Anhaltende Trockenheit macht dem Wald zu schaffen.“ (MAZ 26.4.2019), „Landwirte kämpfen ums Überleben. Fehlender Regen macht dem Kreisbauerverband Prignitz ernsthafte Sorgen.“ (MAZ 27.4.2019). Es kann, muss aber in diesem Jahr

den weiteren Dürresommer nicht geben. Das ändert jedoch nichts an dem, was man auf der Website des Landesumweltamts unter „Klimawandel in Brandenburg“ findet:

- „Bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die durchschnittliche Jahrestemperatur im Flächenmittel in der Region Brandenburg-Berlin um fast ein Grad auf 9,3°C erhöht. Zahlreiche Klimamodelle projizieren für die Region bis zum Ende des 21. Jahrhunderts einen weiteren Anstieg auf ca. 12-13°C im Jahresmittel.“
- Die Jahreszeiten verschieben sich, der Frühling setzt früher ein.
- Die Sommerniederschläge nehmen ab, die Wahrscheinlichkeit einer Verlängerung der Trockenperioden und das Risiko für Hitzewellen nehmen zu. Gleichzeitig steigt die Wahrscheinlichkeit von Starkniederschlägen im Sommer. Die Niederschlagsmengen im Winter nehmen zu. Insgesamt nehmen langanhaltende Landregen ab.“

Insgesamt stellt das Landesumweltamt fest: „Die klimatischen Voraussetzungen, die gegenwärtigen Klimabeobachtungen und die erwarteten Auswirkungen des Klimawandels machen die Region Berlin-Brandenburg zu einem der am stärksten verwundbaren Gebiete Deutschlands.“

Die Klimaprojektionen des Landesumweltamts machen auch sichtbar, wie groß der Unterschied zwischen einem „Weiter so“ beim Treibhausgas-Ausstoß wäre – und einer deutlichen Reduzierung durch verstärkten Klimaschutz. Doch herrscht bei Bundes- und Landespolitik wie auch dem Bürgerverhalten weitgehend noch das „Weiter so“. Der aktuelle Klimaschutzbericht der Bundesregierung weist aus, dass Deutschland seine Klimaziele für das Jahr 2020 deutlich verfehlen wird. Im Verkehrssektor – Lieblingskind aller Bundesregierungen – tat sich in den letzten 18 Jahren überhaupt nichts. Technische Fortschritte in der Minderung der Abgase bei den Moto-

ren, die es trotz der Betrugspolitik der Automobilkonzerne gab, wurden dadurch wieder aufgehoben, dass immer größere und stärkere Fahrzeuge produziert, gekauft und gefahren wurden. 1990 betrug hier die freigesetzten Treibhausgase 163 Mio t, 2018 waren es geschätzte 162 Mio t. Doch auch bei den Treibhausgasemissionen aller Sektoren zusammen bewegte sich zwischen 2009 und 2017 nichts. Die Senkung der Emissionen von 2018 gegenüber 2017 um 4,5 % ging laut Umweltbundesamt auf Energiewirtschaft und Haushalte zurück. Als einen wesentlichen Grund nennt das UBA die außergewöhnliche Witterung im Jahr 2018 – kein Grund, die Minderung als Erfolg zu betrachten.

Eine herausragend schlechte Position hat hier Brandenburg. Hier wuchs gegenüber 2008 der Primärenergieverbrauch. Das Land hat den höchsten Pro-Kopf-Primärenergieverbrauch aller Bundesländer (73.810 kWh in 2015, Bundesdurchschnitt 44.830 kWh),

es hat die meisten CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch pro Kopf (22,5 t, Bundesdurchschnitt 9,1 t) und stößt fast 1.000 t CO<sub>2</sub> aus, um eine Million Euro zu erwirtschaften (Bundesdurchschnitt 264 t). Im Klimaschutzbericht der Bundesregierung sind die Klimaschutzaktivitäten der Länder und der Kommunalen Spitzenverbände aufgeführt und mit „Klare Ziele im Klimaschutz“ oder „Klimaschutz auf dem Weg“ bewertet. Bei Brandenburg als einzigem Bundesland steht dort: „Keine aktuellen Informationen.“

Es ist die Braunkohleverstromung, die zu dieser verheerenden Bilanz führt, und an der die brandenburgischen Landesregierungen bislang entgegen allen Klimaschutzbetuerungen festgehalten haben. 2016 wurden 48 % der verbrauchten Primärenergie durch Braunkohle erzeugt. In der Prignitz sieht es ganz anders aus. Bereits 2015 produzierte sie 2,7 mal so viel Strom aus Erneuerbaren Energien wie sie Strom ver-

brauchte. 2017 drehten sich hier über 500 Windenergieanlagen, die mit 80 % den weitaus größten Anteil an der installierten Leistung von Anlagen Erneuerbarer Energie in der Prignitz hatten. Und dabei an Akzeptanzgrenzen stoßen.

Die Situation für die Prignitz ist: Sie leistet einen so hohen Beitrag zur Erzeugung von Erneuerbarer Energie in Brandenburg, dass ein renommiertes Regionalforschungsinstitut sie als „Energiewirtschaftslandschaft“ bezeichnete. Sie wurde sogar als „Installationslandschaft“ für externe Investoren bezeichnet, die hier ihre Anlagen hinsetzen, ohne dass die Standortgemeinden außer über die Gewerbesteuern, die aufgrund von Abschreibungen zum Teil lächerlich gering sind, an den Gewinnen beteiligt werden. Tatsächlich ist der Gewinn, den die Landbesitzer über Pachtzahlungen aus den Anlagen ziehen, unvergleichlich größer als der der Kommunen, in denen diese stehen. Je nach Verhandlungsgeschick be-

trägt der 50.000 Euro pro Jahr und teilweise noch deutlich mehr für eine Windenergieanlage auf ihrem Land. Es ist daher dringend, gesetzlich zu erreichen, dass die betroffenen Kommunen von den Anlagenbetreibern einen jährlichen Betrag von mindestens 10.000 Euro pro Windenergieanlage zur freien Verfügung gezahlt bekommen. Entsprechende Bestrebungen im Brandenburger Landtag begrüßen wir daher sehr.

Es ist auch widersinnig, dass ausgerechnet die Regionen, die den Strom aus erneuerbaren Energien produzieren, in der Regel dafür mit erhöhten Netzentgelten belastet werden. Auch dies ist zu ändern. Es gibt allerdings auch Stromanbieter – zumindest im Bereich der Anbieter reinen Ökostroms –, die einen bundesweit einheitlichen Tarif haben, so dass man es selbst in der Hand hat, hier für sich für gerechte Verhältnisse zu sorgen.

Hinsichtlich der Standorte von Windenergieanlagen halten wir es nicht für akzeptabel, dass der

Abstand zwischen Gebieten für Windparks („Windeignungsgebiete“) und Siedlungsflächen geringer als 1.000 m sein kann, wie es im November 2018 die Regionalversammlung Prignitz-Oberhavel in ihrem Teilregionalplan „Windenergie“ für viele Gebiete vor allem in der Prignitz beschlossen hat. Danach dürfen Anlagen, die nicht höher als 150 m sind, bis auf 750 m an Siedlungen heran gebaut werden.

Ein weiteres Problem ist die zunehmende Höhe der Anlagen. Die 2004 gebauten hatten eine durchschnittliche Höhe von 132 m, die 2009 gebauten von 146 m, die 2014 gebauten von 169 m bis zur Rotor spitze. Aktuell werden 242 m hohe Anlagen beantragt, und noch höhere sind bei den Herstellern in Planung. Von der Energieausbeute her ist das ausgesprochen sinnvoll. Aber wenn im brandenburgischen Windkrafte rlass 2009 ein Abstand von 1.000 Metern von Siedlungen empfohlen wurde, stellt sich zwangsläufig die Frage, was dann

bei Anlagen, die mittlerweile 100 und mehr Meter höher sind, angemessen ist. Der grüne Kreisverband Prignitz hatte sich bei der 10-H-Debatte im Kreistag (10 H hieß: der Abstand einer Anlage von Wohnsiedlungen muss 10 mal so groß sein wie die Anlage hoch ist) für 6 H, aber mindestens 1.000 m Abstand ausgesprochen. 6 H würde bei 242 Metern einen Abstand von 1.450 Metern bedeuten. Bei noch höheren Anlagen würden die noch zur Verfügung stehenden Flächen zwischen den Dörfern immer kleiner werden, aber die Anlagen im jeweiligen Landschaftsbild immer dominanter. Hierüber, und auch darüber, wie hoch der Beitrag einer Region gerechterweise zu den erneuerbaren Energien sein sollte, muss eine Grundsatzdebatte geführt werden. Mit den vom Land seit Langem vorgegebenen und nicht mehr hinterfragten 2 % der Landesfläche für Windeignungsgebiete oder 1.000 Metern Abstand bei gleich welcher Höhe kommt man jedenfalls nicht weiter.

Es bleibt zuletzt der Appell an uns alle, auch unabhängig von Ge- oder Verboten, positiven oder negativen finanziellen Anreizen als Verbraucher noch mehr Verantwortung dafür zu übernehmen, dass wir das Ziel des Pariser Klimaabkommens noch ermöglichen, die Erderwärmung auf 1,5°C über dem vorindustriellen Level zu begrenzen. Zum einen, indem wir in unseren Städten und Gemeinden Energiesparkkonzepte erarbeiten oder erarbeiten lassen, die sowohl die öffentlichen Verbräuche reduzieren als auch den Bürgern vermitteln, wo und wie sie sparen können. Und zum anderen im persönlichen Bereich. Zum Beispiel durch den Bezug von Öko-Strom. Oder den Nichtkauf von übermotorisierten und übergewichtigen Vorzeigautos. Oder das Ersetzen des Autos durch Zufußgehen, Radfahren, Bus und Bahn. Oder des Flugzeugs bei mitteleuropäischen Zielen durch die Bahn. Oder das Ersetzen oder Reduzieren von Fernzielen, die ohne Flugzeug nicht erreichbar sind. Insbeson-

dere durch das Unterlassen von Kreuzfahrten (tatsächlich kürzlich gehört: „Ich will mir nochmal Eisberge ansehen, bevor sie weggeschmolzen sind“). Und bei unverzichtbaren Fernreisen zumindest eine CO<sub>2</sub>-Kompensationszahlung z. B. bei Atmosfair, Klima-Kollekte oder Primaklima (alle drei als „sehr gut“ getestet in Stiftung Warentest, Finanztest 3/2018).

Durch Nahrungsmittel, die bis zu uns möglichst kurze Wege zurückgelegt haben, deren Produk-

tion möglichst treibhausgasarm erfolgte – Fleisch, insbesondere Rindfleisch verursacht einen sehr hohen Treibhausgasausstoß –, und von denen wir keine verfallen lassen und wegwerfen.

Und durch reduzierten Energieverbrauch etwa durch bessere Isolation der Häuser, etwas mäßigeres Heizen und die kleine Unbequemlichkeit, an Elektrogeräten auch das Stand-by auszuschalten.

**Weil wir hier leben,  
und weil wir auch  
morgen hier gut  
leben wollen.**

**Am  
26. Mai  
Grün  
wählen!**

# Die Richtigen.

## Für Wahlkreis 1

Amt Bad Wilsnack/Weisen

Amt Lenzen-Elbtalaue

Stadt Wittenberge



### **Bärbel Treutler**

*Rentnerin, Mitglied B 90/GRÜNE, Mitglied des Kreistags  
Kandidatin Kreistag*

Wir brauchen Netzwerke statt Seilschaften. Kommunalpolitik für die Prignitz zu gestalten bedeutet, Defizite klar zu benennen und positive Entwicklungen zu unterstützen, und dabei auch die Landes-, Bundes- und ggf. EU-Politik einzubinden. Die Beendigung des Vorhabens Kreisgebietsreform ist eines der erfolgreichen Beispiele dafür.



### **Judith Aurer**

*Lehrerin, parteilos  
Kandidatin Kreistag und Stadtverordnetenversammlung  
Bad Wilsnack*

Ich bin Lehrerin und Mutter einer Tochter. Mir liegen besonders der Erhalt der Artenvielfalt, die Bildungs- und Jugendpolitik sowie die Verbesserung der Verkehrssicherheit für FußgängerInnen und RadfahrerInnen am Herzen.



## **Dr. Krista Dziewiaty**

*Biologin, parteilos*

*Kandidatin Kreistag*

Die Prignitzer müssen sich mehr auf das besinnen, was sie vor ihrer Haustür an unbezahlbaren Werten haben: die Naturlandschaft! Die Artenvielfalt ist in enger Zusammenarbeit mit den Landwirten zu erhalten und zu fördern, Klimaschutz und regionale Kreisläufe sowie eine nachhaltige Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung sind zu unterstützen. Dazu ein verantwortungsbewusstes Miteinander sind Ziele für die Kreis- tagsarbeit.



## **Katharina Naumann**

*Dipl.-Sozialpädagogin, parteilos*

*Kandidatin Kreistag und Stadtverordnetenversammlung  
Bad Wilsnack*

Mir liegt die Bewahrung biologischer Vielfalt und der Klimaschutz in der Region am Herzen.

Ich setze mich ein für ein soziales Miteinander, das geprägt ist von Offenheit, Solidarität und Toleranz.

- Für eine Landwirtschaft, die Artenvielfalt fördert und gesunde, giftfreie Nahrungsmittel in der Region für die Region produziert.
- Für die Entwicklung neuer, innovativer und klimafreundlicher Mobilität auf dem Land.
- Für mehr Möglichkeiten der aktiven Beteiligung und Mitgestaltung in der Kommune.
- Für die Förderung von Bildungs- und Kulturangeboten, die Freude am Selberdenken bereiten.



## Jörg Matthée

*Psychologe/Pädagoge/Soziologe, parteilos*

***Kandidat Kreistag***

Buch-Autor zu den Themen Erziehung und Klimaschutz, kritischer Leserbriefschreiber, 20 Jahre Betriebsratsarbeit für Mitarbeiter-Rechte, 10 Jahre Kulturarbeit in der Prignitz (Festivals und Theater), Einsatz für konkreten Umwelt-, Klima- und Tier-Schutz, für mehr Bürgerbeteiligung vor Ort, fairen Umgang miteinander, lebendige Kleinstädte und Dörfer, gute Nahverkehrsverbindungen und eine Politik für eine gesunde Zukunft unserer Kinder.



## Ben Andreas Grell

*Schüler, Mitglied B 90/GRÜNE*

***Kandidat Kreistag und Stadtverordnetenversammlung Wittenberge***

Ich möchte mich für eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei städtischen Entscheidungs- und Lösungsfindungen engagieren, denn sie sind es, die kreative Ideen haben und Zukunft gestalten wollen. Deshalb bin ich auch Mitglied im Jugendforum. Ich werde für mehr weiterführende Bildungsstätten in Wittenberge eintreten, damit Jugendliche hier berufliche Abschlüsse erzielen und hier bleiben können. Potential hat hier die Ansiedlung von nachhaltig und verantwortungsvoll wirtschaftenden Betrieben.



## **Christiane Manstetten**

*Ergotherapeutin, Mitglied B 90/GRÜNE*

*Kandidatin Kreistag und Stadtverordnetenversammlung Wittenberge*

Mir ist die frühzeitige und individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen wichtig, damit sie einen optimalen Start ins Leben haben. Ebenso benötigen auch ältere und pflegebedürftige Menschen unsere Zuwendung und Unterstützung, damit sie ihren Lebensabend würdevoll leben können.



## **Frank Heinke**

*Dipl.-Forstingenieur (FH), Mitglied B 90/GRÜNE,*

*Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Wittenberge*

*Kandidat Kreistag, Stadtverordnetenversammlung Wittenberge und Ortsbeirat Bentwisch*

Es wird Zeit zu handeln: wir brauchen in der Prignitz mehr nachhaltige Arbeitsplätze und Verkehrskonzepte. Gute Lebensmittel sind auch für die Menschen in der Prignitz lebenswichtig. Deshalb brauchen wir hier in der Region mehr ökologische Landwirtschaft und eine starke Einsparung von Glyphosat und Pestiziden auf den Feldern, so dass auch die Bienen und andere Lebewesen hier leben können.

Mir ist es als Diplom-Forstingenieur (FH) wichtig, dass der Klimawandel aktiv gestoppt wird und auf Kreiszebene mehr soziale und ökologische Entscheidungen getroffen werden, die das realisieren.

Damit die Prignitz auch für die nächsten Generationen noch eine lebenswerte, artenreiche und schöne Region sein wird, dafür kandidiere ich für den Kreistag.

# Die Richtigen.

## Für Wahlkreis 2

Gemeinde Karstädt  
Gemeinde Plattenburg  
Gemeinde Gumtow  
Stadt Perleberg



### Helmut Adamaschek

*Rentner, Mitglied B 90/GRÜNE, Mitglied der Gemeindevertretung Gumtow, Ortsvorsteher von Dannenwalde (Gem. Gumtow)*

*Kandidat Kreistag, Gemeindevertretung Gumtow und Ortsbeirat Dannenwalde*

Die Folgen des rücksichtslosen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen sind dramatisch und machen an keiner Grenze Halt: extremeres Wetter durch die Klimakrise, Rückgang der Vogelarten, Insektensterben, Umweltschäden, Vermüllung der Natur. Klima-, Boden-, Wasser- und Artenschutz dürfen nicht allein dem Land und seinen Verwaltungen überlassen werden, sondern sind auch dringende Aufgaben von Landkreis und Kommunen. Sie sind ebenso Aufgabe der ländlichen und regionalen Wirtschaft, die sich statt kurzfristiger Gewinnmaximierung auf generationengerechtes, solidarisches, nachhaltiges und enkeltaugliches Handeln hin orientieren muss.



## **Anja Julia Hübner**

*selbständige Landwirtin, Imkerin, Mitglied B 90/GRÜNE, Mitglied der Gemeindevertretung Gumtow und des Ortsbeirats Dannenwalde (Gem. Gumtow)*

*Kandidatin Kreistag, Gemeindevertretung Gumtow und Ortsbeirat Dannenwalde*

Wir benötigen die Landwirtschaft für die Erzeugung unserer Nahrungsmittel, sind aber auch verantwortlich für den Schutz der Artenvielfalt, des Bodens und unseres Trinkwassers, sowie für den Erhalt unserer Kulturlandschaft und den Klimaschutz.

Als Landwirtin im Obstanbau und Imkerin kenne ich aus eigener Erfahrung die Herausforderung in der Landwirtschaft, einen Betrieb ökonomisch zu führen. Als aktive Naturschützerin mit eigener Streuobstwiese habe ich mich aber auch damit auseinandergesetzt, welche vielseitigen Möglichkeiten es gerade für Landwirte gibt, um den Erhalt unserer Umwelt mit einfachen Mitteln wirksam zu unterstützen.

Ich kandidiere, weil ich mich für eine nachhaltige Landwirtschaft, den Erhalt wertvoller Lebensräume und die Honorierung ökologischer Leistungen der Landwirte einsetzen möchte.



## Hendrik Claus

*Diplom-Sozialpädagoge, Mitglied B 90/GRÜNE  
Kandidat Kreistag und Stadtverordnetenversammlung  
Perleberg*

Ich engagiere mich für eine menschenwürdige Gesundheits- und Sozialpolitik. Durch Mitarbeit in Selbsthilfegruppen ist mir die Betroffenen- und Angehörigenperspektive bekannt und wichtig.

Ich nutze intensiv die Möglichkeiten in der Prignitz, Wege mit dem öffentlichen Nahverkehr, mit dem Fahrrad und zu Fuß zurückzulegen, und setze mich seit vielen Jahren für ein gutes Angebot und eine effektive Abstimmung zwischen den Verkehrsträgern ein.



## Antje Berndt

*Selbständige Tierärztin, parteilos  
Kandidatin Kreistag und Gemeindevertretung Plattenburg*

Als Tierärztin in der Großtierpraxis verstehe ich die Sorgen und Nöte der Landwirte und fordere immer einen respekt- und verantwortungsvollen Umgang der Menschen mit den Tieren und der Natur.

Die großen Veränderungen der Landwirtschaft habe ich von Kindheit an erlebt und werde als Gemeindevertreterin die Landwirte dabei unterstützen, notwendige Entwicklungen zu bewältigen, damit auch die nächsten Generationen eine lebenswerte Zukunft in der Prignitz haben.



## Thomas Hölzer

*Rentner, parteilos*  
**Kandidat Kreistag**

Als Leiter der Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt von „Perleberg hilft“, engagiere ich mich für Geflüchtete und andere Bedürftige.

Integration ist für mich ein wichtiges Thema in unserer Region. Neubürger, egal woher sie kommen, sind ein Garant für eine lebenswerte Prignitz.

Auch die Beteiligung in der kommunalen Politik sollte uns allen am Herzen liegen. Ehrenamt und Bürgerbeteiligung muss endlich den Stellenwert bekommen den es verdient.



## Marie Prüst

*Künstlerin, parteilos*  
**Kandidatin Kreistag und Gemeindevertretung Plattenburg**

Erneuerbare Energie: ja! Aber alles muss gut und gerecht geregelt werden: z.B. bessere Kommunikation und Strompreisrabatte für Anwohner. Damit sollten wir Natur und Menschen gewinnen.

Tierschutz erweitern: Jagd auf streunende Katzen verbieten.

Abfallhaufen, Altöl, Asbest, ... versauen unsere schöne Prignitzer Natur. Meine Idee: Privatpersonen sollen ihren Müll kostenlos entsorgen können.



## Clemens Wehr

*Diplomdesigner, Mitglied B 90/GRÜNE*

*Kandidat Kreistag und Gemeindevertretung Plattenburg*

Schnelles Internet und Mobilfunkempfang müssen wie Strom- und Telefonanschluss in allen Haushalten möglich sein. Hilferufe in Notfällen und die sichere Nutzung von Internetdiensten erfordern eine 100%ige Abdeckung bewohnter Bereiche durch die Netzbetreiber. Hier haben Gemeinde und Landkreis bislang zu wenig getan.

Als Ergänzung zum Busverkehr sollen Mitfahrbänke und eine Mitfahr-App gefördert werden. Sie bieten die Möglichkeit, freie Sitzplätze bei ohnehin stattfindenden Fahrten zu teilen und die Solidarität unter uns Bürgern zu stärken. So werden Menschen ohne Auto mobil.

Die Prignitz braucht:

- Mobilfunk und schnelles Internet
- Digitalisierung der Verwaltung
- Zuzug von jungen und kreativen Menschen
- Verbindungen nach Hamburg und Berlin ohne Auto
- Förderung regionaler Produkte
- Förderung kleiner Unternehmen und Gründer\*innen
- Landwirtschaft, die Natur und Artenvielfalt schützt
- Menschen, die am 26. Mai Grün wählen



## Stefan Kunzemann

*Architekt, Mitglied B 90/GRÜNE, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Perleberg*

*Kandidat Kreistag und Stadtverordnetenversammlung Perleberg*

Ich setze mich ein für behutsame Stadt- und Dorferneuerung. Der ländliche Charakter unserer Region bildet gerade im Kontrast zu den Ballungszentren Chancen, die wir stärker entwickeln sollten.

Neusiedler, Rückkehrer und Touristen schätzen nicht nur traditionelle Ortsbilder und intakte Natur, sondern auch vielfältige Kulturangebote und moderate Preise. Aus meiner Sicht erfahren die sogenannten „weichen Standortfaktoren“ immer noch ungenügende Aufmerksamkeit.

Ich engagiere mich daher für die überlieferten Baustrukturen in Stadt und Dorf, für deren qualitätsvolle, innovative Weiterentwicklung.

Voraussetzung dafür ist nicht nur die kulturelle Bildung, sondern auch die Förderung des heimischen, nachhaltig orientierten Handwerks. Alternativlos bleibt die zunehmende Einbeziehung der Bürgerschaft, die Wertschätzung von Initiativen, Beiräten und Arbeitsgruppen durch Verwaltung und Kommunalpolitiker. Wenn wir stärker als bisher unsere kulturell-touristischen Anziehungspunkte erschließen, nützt dies der Lebensqualität und der heimischen Wirtschaft gleichermaßen.

Durch vorausschauenden, respektvollen Umgang mit den Schönheiten der Prignitz können wir in Zeiten des technologischen Umbruchs Identität bewahren.



## Wilfried Treutler

*Rentner, parteilos*

**Kandidat Kreistag**

- Klimawandel mit Hitzesommern und Dürre,
  - Insektensterben,
  - Rückgang der Artenvielfalt,
  - Zerstörung von Lebensräumen
- die Natur und damit die Lebensgrundlagen der Menschen sind bedroht, auch in der Prignitz. Wenn wir nichts dagegen tun, im Großen wie im Kleinen, wird nichts so bleiben, wie es war.

Hinzu kommen die Probleme bei der Energie- und Verkehrswende, bei der Umstrukturierung der Landwirtschaft und, und, und. Hierfür Lösungen zu finden, ist mühsam, manchmal unpopulär und unbequem, Erfolge stellen sich nicht sofort ein, Misserfolge können entmutigen.

Aber wir müssen es versuchen, wir haben keine andere Wahl und jede und jeder kann (und muss) etwas dafür tun.

Eine Möglichkeit wäre, Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen, die sich diesen Herausforderungen stellen.



## Matthias Sommer

*Projektassistent, parteilos*

*Kandidat Kreistag und Stadtverordnetenversammlung  
Perleberg*

Schule und Verkehr – weiter denken als bisher:  
Alljährlich haben die Gymnasien um die siebten Klassen zu kämpfen. Oft gerade so eröffnet, führt das beim Übergang in die SEK II erneut zu Problemen, wenn spezielle Kursangebote gewünscht werden, für die am einzelnen Standort nicht genügend Schüler sind. Wir müssen den Konkurrenzkampf beenden und Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausprobieren, um gute Bildungsangebote in der Region zu erhalten.

Unser Nahverkehr ist mit der bisherigen Herangehensweise in Abhängigkeit von Zahlen, Bussen mit Fahrern und bestimmter Auslastung, nicht zukunftstauglich. Wir brauchen wirkliche Innovation – auch mithilfe der Forschung. Autonomes Fahren ist nur ein denkbarer Ansatz.

Die Prignitz hat eine längere Grenzlinie mit drei anderen Bundesländern als mit dem restlichen Brandenburg. Die 60 km von Perleberg nach Dannenberg fährt man mit PKW in einer Stunde. Dieselbe Relation dauert im ÖPNV vier Stunden, mit vier Umstiegen und Rufbussen. Die Abstimmung der Nahverkehrspläne mit den Nachbarländern und -kreisen muss also hohe Priorität haben.

# Die Richtigen.

## Für Wahlkreis 3

Amt Putlitz-Berge  
Gemeinde Groß Pankow  
Stadt Pritzwalk  
Amt Meyenburg



### **Dr. Christian Kloß**

*Tierarzt, Mitglied B90/GRÜNE, Kreistagsabgeordneter  
Kandidat Kreistag*

Seit fünf Jahren vertrete ich gemeinsam mit Bärbel Treutler die Grünen im Kreistag. Ich wünsche mir sehr, dass es uns bei dieser Wahl gelingt, Fraktionsstärke zu erlangen, um damit beträchtlich erweiterte Mitwirkungsrechte zu haben. Diese würde ich insbesondere für eine intakte und bewahrensvalue Umwelt sowie für mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung einsetzen.



## Anselm Ewert

*Sachbearbeiter, parteilos*

***Kandidat Kreistag***

Unserer Natur geht es nicht gut. Intensive Landnutzungsformen beeinträchtigen nachweislich den Boden, das Wasser, das Klima sowie die Arten- und Lebensgemeinschaften. Daraus lässt sich das Erfordernis ableiten, unser gegenwärtiges Handeln kritisch zu reflektieren, um es künftig möglichst an Kriterien der Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit auszurichten.

Auch auf kommunaler Ebene – Landkreis, Gemeinden – bestehen hierfür geeignete Möglichkeiten. Diese Möglichkeiten aufzuzeigen und praxiswirksam umzusetzen, dafür möchte ich mich einsetzen..



## Jost Löber

*Bildhauer, parteilos*

***Kandidat Kreistag und Gemeindevertretung Groß Pankow***

- Wie kann unsere Kulturlandschaft zu einer Einladung zum Gestalten von Zukunft werden?
- Wie kommen Stadt und Land in eine fruchtbare Wechselbeziehung?
- Welche Kommunikationsformen helfen uns dabei?
- Was brauchen Familien alles?
- Wie kann kulturelle Bildung Bestandteil des Alltags werden?



## Michael Fritsch

*Lehmbauer, parteilos*

*Kandidat Kreistag und Gemeindevertretung Groß Pankow*

Wichtige Ziele sind für mich

- mehr Mitbestimmung der Bürger in der Politik, regional wie bundesweit
- Schutz der Artenvielfalt, insbesondere der Insekten, ohne die auch wir Menschen, vor allem unsere Kinder, nicht gut werden leben können
- Verhinderung des Insektensterbens
- mehr Selbstverantwortung in den Händen der Bürger, gerade auf der Ebene von Städten und Gemeinden
- und dass wir angesichts der globalen sowie der Probleme vor unserer eigenen Haustür endlich anfangen, auf regionaler Ebene zu handeln und nicht auf die große Politik zu warten.



## Matthias Mader

*Theologe, parteilos*  
*Kandidat Kreistag*

What do we want? Climate justice!  
When do we want it? Now!

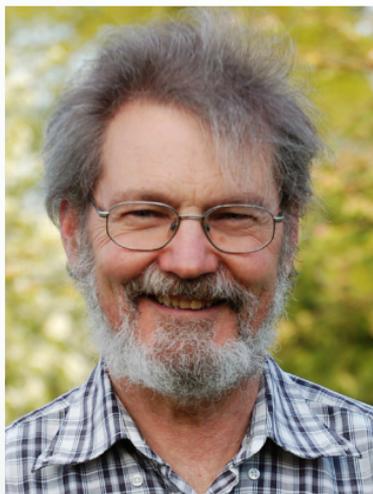
Ich bin Klimagerechtigkeitsaktivist, Antifaschist, Feminist, habe viele Jahre als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin gearbeitet, mich als Greenpeace-Aktivist und in emanzipativen sozialen Bewegungen europaweit für Klimaschutz, Atomausstieg, ökologische Landwirtschaft, nachhaltige Verkehrskonzepte, Antifaschismus und vieles mehr eingesetzt.

Ich wünsche mir eine deutlich basisdemokratischere, konsensorientiertere, solidarischere, emanzipativere Gesellschaft. Mich beeindruckt die Schüler\*innen der Fridays for future-Bewegung, wenn sie sagen: Wir sind doch nicht bescheuert und lernen für eine zerstörte Zukunft! Die haben kapiert, dass grenzenloses Wachstum und fossile Energieträger nicht die Zukunft sind, auch nicht der Kapitalismus, der alte Schlawiner. Für die Prignitz heißt all das: Ich stehe dafür, mit möglichst vielen Menschen in basisdemokratischen Prozessen auszuloten, wie wir miteinander leben wollen und mich dafür einzusetzen, dass wir hier auch in Zukunft richtig glücklich leben können, junge Menschen Lust haben, hier zu bleiben, wir uns umeinander kümmern, offen und solidarisch allen anderen Menschen gegenüber sind, ein heiterer, solidarischer, emanzipativer und powervoller Menschenschlag voller Lust am Leben.

# Prignitz. Brandenburg.

**Landtagswahl am 1. 9.**  
**Direktkandidat** (Wahlkreis 1)  
**Dr. Rainer Schneewolf**

**Grün  
wählen!**



„Wir leben hier, wir wollen  
auch morgen hier gut  
leben – in einer  
selbstbewussten,  
zupackenden, welt- und  
zukunftsffenen Prignitz.“

**Weil wir hier leben.**



[grueneprignitz.de](http://grueneprignitz.de)